

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Telefon-Nummern
88 - 89 - 93

Der Abonnementspreis beträgt durch Post bezogen monatlich 150 Mark
Fert- und Geschäftsanzeigen jeder Art werden nicht angenommen



Verantwortlich für den Inhalt: Karl Schüb, Bochum, Druck: H. Hansmann & Co., Bochum
Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Bochum i. Westf., Bismarckstr. 48/42

Telegraphische Adressen
Hilfsverband Bochum

Vorwärts! Aufwärts!

Das Jahr 1922, wie es sich in der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Entwicklung darstellte, wird an dieser Stelle noch vielfach gewürdigt werden müssen. Heute sei nur ein kurzer Blick auf die gegenwärtige Lage geworfen.

Scheinblüte und damit verbundener stetiger Abstieg waren das Kennzeichen des deutschen Wirtschaftslebens im Jahre 1922. Noch immer ist die Reparationsfrage nicht in einem Sinne gelöst, der Deutschlands wirtschaftliche Gesundung ermöglicht. Vernunft und weltwirtschaftliches Denken haben Fortschritte gemacht, doch noch nicht genug zu wirklichem Frieden. Die Folgen trägt zunächst unser Volk. Am 1. Januar 1922 stand der Dollar auf 186,75 M., Ende Dezember nahe an 8000 Mark, nachdem er schon mal die 9000 überschritten hatte. Die Großhandelsindexzahl der „Frankfurter Zeitung“ stand im Januar 1922 auf 4217 und im Dezember auf 167412. Im Januar betrug der Notenumlauf der Reichsbank 115 Milliarden und am 15. Dezember 970 Milliarden Mark. Im Frieden hatte Deutschland monatlich einen Ausfuhrüberschuß an Steinkohlen von 20 Millionen Doppelzentnern, 1922 fiel dieser Ueberschuß fort und ein Einfuhrüberschuß von monatlich zirka 4,5 Millionen D. z. trat an seine Stelle.

Die Gesundheit der Bevölkerung leidet heute so schwer wie nur je im Krieg. Berlin bekam im Frieden 1 bis 1 1/2 Millionen Liter Milch täglich, heute 300 000 Liter. Davon geht ein großer Teil in die Wirtschaften und Cafés oder wird verbuttert, bis 50 000 Liter täglich werden nicht abgesetzt, weil die armen Leute keine Milch mehr bezahlen können. Es wird also viellecht ein Hünkel oder ein Geschleht des Friedensquantums verbraucht! So sieht es überall aus.

Die Kriegskrankheiten wiederholen sich, wie auf der Herztage in Berlin vom Geheimrat Dippel festgestellt wurde. Englische Krankheit, Tuberkulose, Unterleibsbeschwerden nehmen zu, Storbud beginnt wieder aufzutreten. Körperpflege, Bäder sind ein Luxus geworden, den sich der Arme nur in notdürftigem Ersatz leisten kann. Im Wochenbett mehrten sich die Erkrankungen durch den Mangel an gesunden Wohnungen, an Bett- und Leibwäsche. Teile des Arztesstandes sind in großer Not, weil der Arzt nur noch im äußersten Notfall geholt wird.

Und jeder, der etwas zu verkaufen hat, rafft, rafft und unterläßt und ohne Rücksicht. Das tägliche Brot wird wahnwitzig verteuert. Es gab Leute, die auf den Eiseren Oberbürgermeister Dr. Luther als Ernährungsminister gewisse Hoffnungen setzten. Sie wurden selbstverständlich schwer enttäuscht, denn nicht Personen bestimmen die Entwicklung, sondern die Macht der sich feindlich gegenüberstehenden Klassen. Dr. Luther mag den Agrariern noch so süß zureden, ihnen noch so drastisch die Not der Massen in der Großstadt darstellen, sie werden immer nur fragen: Was zahlt du für unser Korn? Der Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion ist zu einem nicht geringen Teil Schuld der deutschen Landwirtschaft mit ihrer extensiven, nur auf den Nutzen und nicht auf den Bedarf lebenden Wirtschaft. Schuld ist die Anreizpolitik durch hohe Preise, die unverantwortliche Freigabe immer weiterer Gebiete der Ernährungswirtschaft. Auch gegen einen Umkehrung der Verhältnisse, gegen die über kurz oder lang kommende Konkurrenz der Erzeugnisse des Auslandes suchen sich schon heute die Agrarier zu sichern. Dr. Heim schlägt vor, das Reich solle große Mühlen übernehmen, um so den Brotpreis zu mäßigen. Des Pudels Kern liegt hier natürlich tiefer. Die Fuselpest ist nicht eingebremst worden durch das Branntweinmonopol, die Spiritusbrenner stehen sich bei diesem Monopol nicht schlechter als früher. Man darf wohl annehmen, daß Dr. Heim bei seinem Vorschlag die Absicht vorwärts, für die Zeit ausländischer Konkurrenz in den Reichsmühlen Abnehmer für das Korn der Agrarier zu haben, die „anständigen“ Preise zahlen. Das übrige tun dann die Rölle. Wenn wir nicht sehr irren, wird die deutsche Landwirtschaft dafür, daß wichtige Gruppen dieses Standes das deutsche Volk aushungern helfen, noch einmal eine sehr böse Rechnung vorgelegt bekommen.

Die Preispolitik in den gemeinwirtschaftlich gebundenen Industrien ist schon derart, daß sie kaum noch zu beantworten ist und zu tragen ist. Die ungenügenden Selbstkostenberechnungen bestimmen den Preis, Mietenverdienste fließen den Kongernen zu, die bei diesen Selbstkosten Materialien, Eisen und Stahl aus eigenen Betrieben beziehen oder die über riesige, vor Jahresfrist billig gekaufte Holzmassen verfügen, während ihnen in den Selbstkosten die heutigen wahnwitzigen Preise bewilligt werden.

Noch viel toller sieht es natürlich in den Gewerben aus, in denen das Ideal der Unternehmer, die „freie Wirtschaft“, herrscht. In der Baustoffindustrie hat die Preisentwöhnung das Bauen geradezu unmöglich gemacht. Die Baustoffe für eine Arbeiterwohnung mit 70 Quadratmetern Grundfläche kosteten vor dem Kriege 1668 M., am 1. Dezember 1922 aber mehr als 1 1/2 Millionen Mark, das ist eine 766fache Steigerung. Die Lohnausgaben für ein solches Haus betragen vor dem Kriege 2700 M., am 1. Dezember 1922 aber 637 000 M. oder das 236fache. Vor dem Kriege erforderten die Lohnausgaben 61,8 Prozent der Bauausgaben, Materialien 38,2 Prozent, am 1. Dezember 1922 erforderten Lohnausgaben 33 1/2 Prozent, Materialien 66 1/2 Prozent! Seitdem sind die Preise weiter wahnwitzig gestiegen, die Lohnausgaben sicherlich weiter hinter den Materialkosten zurückgeblieben.

In der Eisenindustrie liegen die Verhältnisse noch viel trister. Stabeisen kostete die Tonne vor dem Kriege 97 bis 99 Mark, im November wurden sie von 154 000 auf 293 200 M. hinaufgesetzt, erreichten also zirka 3000fache Lust. Das Streben der Schwerindustrie geht nach völlig freier Wirtschaft, auch die Kohlenbarone kennen kein erstrebenswerteres Ziel. In einer Sitzung eines gemeinwirtschaftlichen Untergne-

mens, in der vor kurzem Thyssen jun. dreimal das Wort nahm, verlangte er auch dreimal die Freigabe der Kohlenwirtschaft! Diese Freigabe brächte uns im Handumdrehen an die Weltmarktpreise, während Weltmarkt Löhne auf sich warten ließen. Kaum zeigte sich im Dezember ein vorübergehendes Nachlassen des Dollarkurses und schon wimmelte die kapitalistische Presse von Mahnungen, mit Lohnerhöhungen einzuhalten oder sie abzubauen. Die „Dortmunder Zeitung“ forderte in den letzten Tagen Stillstand in den Lohnforderungen der Bergleute, trotzdem die Verteuerung im Dezember auf zirka 70 Prozent zu schätzen ist und enorme Erhöhungen der Versicherungsbeiträge, der Wohnungsmieten und -abgaben, eine enorme Erhöhung des Brotpreises abzuwarten ist. In der „Rhein-Westf. Zeitung“ vom 29. Dezember schreibt Tillich (Mülheim) über die Bergarbeiterlohnfrage als Existenzfrage unserer Zukunft. Dort lesen wir: „Diese (die Kohlenpreise) beruhen in der Hauptsache auf den Bergarbeiterlöhnen.“

Daß diese Behauptung nicht wahr ist, könnte auch Tillich wissen. Nicht die Löhne, sondern die sonstigen sogenannten Selbstkosten und die Steuern machen den Löwenanteil des Kohlenpreises aus. Über Tillich sagt weiter:

„Der einsichtige Bergarbeiter muß sich bewußt sein, daß er in bezug auf die Preisbildung eine maßgebende Stelle einnimmt. Er muß sich in seinem und der Seinigen Interesse zunächst gegen weitere Forderungen auf Erhöhung der Löhne stemmen, da sie wieder in einer weiteren Verteuerung aller zum Leben wichtigen Dinge zum Ausdruck kommen. Er muß für die nächste Zukunft, so wie die Dinge heute stehen, ins Auge fassen: Wie kann ein Abbau erfolgen?“

Die Lage der Verbraucher, die hohe Frachten für Kohlen zu zahlen haben, kann nach Tillich nur verbessert werden, wenn „durch Stillstand und Rückgang der Bergarbeiterlöhne oder größere Leistungen für denselben Lohn, was wirklamer als das erstere wäre, Einsparung geboten würde. Dem Stillstand der Bergarbeiterlöhne müßte wiederum der Abbau der Löhne der Transportarbeiter, der Eisenbahn und der Schifffahrt folgen.“

Die amtliche Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ gibt eine Uebersicht über Durchschnitts-Bergarbeiterlöhne, wonach ledige Bauer und Schleppler im Dezember 145 mal so viel wie im Frieden und verbeiratete 453 mal so viel verdienten. Eine Anzahl der allernotwendigsten Lebensbedürfnisse aber kostete im Dezember noch einer uns vorliegenden Konsumereinstellzeitlich über 21 000 M. statt 17,41 M. im Frieden, d. h. über 1100 mal so viel! Und da verlangen Tillich und Genossen Lohnabbau!

Mehr und längere Arbeit, weniger Lohn! So sieht das Rezept dieser Leute aus. Ihrem Gaul geben sie Futter, daß er gesund und leistungsfähig bleibt. Daß das auch bei den Menschen, insbesondere bei dem schwer arbeitenden Bergmann mindestens ebenso notwendig ist, übersehen sie. Wir brauchen demgegenüber bloß zu fragen: Kann der Bergmann dauernd für einen Schichtlohn arbeiten, der ihm gestattet 2 Pfd. Fett oder 2 1/2 Pfd. Margarine zu kaufen? Kann er den ganzen Monat für einen Lohn arbeiten, für den er kaum einen Anzug bekommt?

Die Bergbauunternehmer wollen dies Rezept befolgen. Sie sträubten sich mit aller Gewalt gegen eine Lohnerhöhung ab 1. Januar. Die Unternehmerklasse als Ganzes schreibt nach Mehrarbeit, nach Vereinfachung des Schichtentages, ohne Rücksicht auf die im letzten Jahre allseitig gestiegene Leistung, ohne Rücksicht auf die drohende Arbeitslosigkeit, die bei einem Umkehrung der Verhältnisse, bei Marktstabilisierung, Anleihenverkauf und Reparationsverleicherung katastrophal werden kann!

Verlangt man so vom Schaffenden Mehrarbeit und Einschränkung am Notwendigsten so nimmt man von ihm auch die Steuern, vor denen man sich selbst drückt. Die Selbstentwässer haben heute noch Einkommensteuer aus 1921, ja noch aus 1920 zu zahlen. Der Lohn- und Gehaltsansprucher zahlt in der Lohnsteuer sofort ja im Voraus, der Selbstentwässer Monate und Jahre nachher in erhöhter Mark. Die Lohnsteuerpflichtigen tragen von der Einkommensteuer 1920: 20 Prozent, 1921: 33 1/2 Prozent und 1922: 72 Prozent!

Die Cuno-Regierung hat bei ihren Beratungen zur Reparationsfrage alle möglichen Schwerverständigen zugezogen, nur die großen Gewerkschaften nicht, so daß sich selbst Baktruch für die Christlichen und Erbsenen für die Kirch-Dunkelrücken hinter herüber schickerten. Erst auf wiederholte energische Weisung der Arbeiterverbände gab Cuno nachsagende Bemerkungen als Ausstrich und überließ Dr. Luther weitere Berechnungen als den Gewerkschaften. Anscheinend glaubt die Regierung die Wirtschaft meistens zu können ohne die Arbeitnehmervertretungen!

Und was sagen und tun die Arbeitnehmer zu all dem? Sie schimpfen! Auf die bösen Sozialdemokraten, die niemals die Freiheit im Parlament oder in der Regierung hatten, auf die Schieber und Wucherer, auf die Kapitalisten, auf die Juden oder auf die Arbeitsbrüder, je nachdem wie sie gerade eingestellt sind. Sie stellen sich zum Teil abseits, wenn ihre Kollegen kämpfen und arbeiten für den Aufstieg ihrer Klasse. Wenn sie einen Monatsbeitrag im Werte von einem Pfund Steuer zahlen sollen, lassen sie sich streichen oder organisieren sich bei irgend einem „billigen Kaffee“.

Und wie leicht wäre es einer geschlossenen, einigten Arbeitnehmerschaft ihre ertrotzte Existenz zu sichern. Inwiefern Fortschritte zu erhalten und zu erweitern! Gewiß, die Not ist groß, jedes Opfer für die Organisation und den Kampf unserer Klasse ist fühlbar. Aber ohne Opfer keinen Sieg! Wenn die Not Solidarität und Mut auffrischt, dann Gnade den Armen! Dann wird die Weisheit des kapitalistischen Rohnschneiders ihm um die Rippen laufen, daß er darunter zusammenbricht!

Das darf nicht sein, aber es wird auch nicht sein, wenn jeder der Untrigen im neuen Jahre seine Pflicht tut. Aber nur das Abwerfen von Kleinmut und Verzweiflung, nur Zähneaufammenbeißern und trotziger Mut werden uns führen: Vorwärts und aufwärts!

Reparationen und Ueberschichten.

Die Erkenntnis von der wirtschaftlichen Notlage unseres Volkes hat die Bergarbeiter des Ruhrgebiets veranlaßt, die Kohlenproduktion durch zeitweilige Ueberschichten zu steigern. Stets waren sich die Organisationen der Bergarbeiter darüber klar, daß diese Austerlichkeit nicht ausgenützt werden dürfe lediglich im Profitinteresse der Kapitalisten und daß sie auch nicht führen dürfe zu einer dauernden Verlängerung der Arbeitszeit. Eine solche ist bei der schweren Bergarbeit und bei der Unterernährung der Bergarbeiterschaft nicht zu verantworten. Deshalb wurde bei dem letzten Abkommen auch eine Stundung in Aussicht genommen, die dann vom 18. Dezember 1922 bis 15. Januar 1923 eintrat. Die dauernde Zunahme der Geldentwertung, die damit Hand in Hand gehende wahnwitzige Preissteigerung und immer schlechtere Ernährung der Bergarbeiterschaft veranlaßten die Organisationsleitung, sich mit der Frage der Ueberschichten erneut zu beschäftigen. Nachdem der Verbandsvorstand mit den Bezirksleitern die Gesamtlage besprochen hatte, berief er auf den 31. Dezember 1922 in die Tonhalle zu Bochum eine Konferenz der Vertrauensleute, Betriebsräte und Gewerkschaftsdelegierten des Verbandes. Die Konferenz war von 258 stimmberechtigten Vertretern besucht. Kamerad Dr. Berger gab zunächst einen Uebersicht über die wirtschaftliche Lage, wie sie gekennzeichnet wird durch die Erhöhungen der Entente, die wahnwitzige Preissteigerung und das Anwachsen der Paniergebilte auf über eine Million. Eindringlich schilderte er die Notlage des deutschen Volksgenossen und der Militärarbeitslosen für Kohlenlieferant auf die Wirtschaftslage Deutschlands. Erschließung der Reparationen und vernünftige innerpolitische Maßnahmen sind notwendig, um hier zu bessern. Eine allgemeine Verlängerung der Arbeitszeit dürfte zu diesen Maßnahmen nicht gehören. Gegen Angriffe auf den Achtstundentag oder die Siebenstundenschicht im Bergbau muß und wird sich die Arbeiterkraft aufs äußerste wehren.

Kamerad Schmidt kritisierte kurz die Gründe, welche zu der zeitweiligen Ueberschicht führen: Rückblick auf die deutsche Wirtschaft und auf die notleidenden Volksgenossen. Dazu kam die Erwägung, daß die Organisation alle Arbeitsbedingungen tariflich regeln und deshalb auch das Anwesen der wilden Ueberschichten durch tarifliche Regelung der Ueberschicht bekämpfen muß. Leider hat die wirtschaftliche Not viele Bergarbeiter veranlaßt, trotz Unterernährung und Entwürdigung Ueberschichten ohne Zahl zu machen. Manche Unternehmer fördern dies Unwesen systematisch. Wenn auch nicht die Organisation der Unternehmer, so haben doch viele Grubenverwaltungen nach der Stundung des Abkommens versucht, durch Anschläge und direkte Einwirkung die Gelegenheiten zum weiteren Verfabren von Ueberschichten zu bewegen. Das Bestreben ist leider auch nicht überall erfolglos geblieben. Manche Unternehmen haben ein lebhaftes Interesse an wilden Ueberschichten, es schwebt ihnen als Ziel vor: Zerreißung der Arbeiterkraft, Ueberschicht ohne Zuschläge, Reduzierung der Löhne und letzten Endes allgemeine Verlängerung der Arbeitszeit. Wir sind der Ansicht, daß der Achtstundentag oder die Siebenstundenschicht nicht durch tarifliche Regelung der Ueberschicht gefährdet wird, sondern durch das wilde Ueberschichtenunwesen.

In der Debatte kamen dreizehn Redner aus den verschiedenen Kreisen zu Wort. Vier sprachen sich für die Fortsetzung der tariflichen Regelung aus, neun Redner dagegen für die Kündigung des Ueberschichtenabkommens. Der gefasste Beschluß wird unserer Organisation lebhaftes Wortworte von den verschiedensten Seiten eintragen. Wir weisen diese Vorwürfe von vornherein zurück, denn andere Kreise als wir sind es, die für diesen Beschluß verantwortlich sind. Tiefste Verbitterung sprach aus den Worten der Redner, wenn sie vorlegten, wie trotz der Ueberschicht die wirtschaftliche Lage des Bergarbeiters immer schlechter werde. Das brauche nicht in dem Maße zu sein, wenn auch die anderen Kreise der Bevölkerung die Pflichten erfüllen, die man den Bergleuten immer verbiete. Es sei unerträglich, schwere Bergmannsarbeit unter Lebensgefahr zu leisten, dabei bittere Not zu leiden und noch den Lohn der Kapitalistenpreise einbüßen zu müssen, die fortwährend gegen die sogenannten hohen Löhne der Bergarbeiter gehe. Nie sei das Versprechen erfüllt worden, daß die Bergarbeiter mit ihren Löhnen an der Spitze stehen sollten und es sei deshalb notwendig, daß mit den Ueberschichten Schluß gemacht und energischer Vorstöße für einen ausreichen Lohn gemacht würden.

Kamerad Susemann warnte in seinem Schlußwort vor den Anregungen, das Abkommen am 15. Januar zu kündigen oder es auf eine bestimmte Zeit festzusetzen. Die Kündigung könne nur im Einverständnis mit den anderen Verbänden erfolgen, denen man auch Zeit lassen müsse zu ihrer Stellungnahme. Eine Kündigung auf bestimmte Zeit empfehle sich nicht, weil jeden Tag Situationen eintreten können, die Veranlassung bieten für den Verbandsvorstand, auch ohne eine neue Revierlohnfrage zur Kündigung des Abkommens zu schreiben.

Die Abstimmung ergab 95 Stimmen für eine Kündigung des Abkommens zum 31. Januar 1923, während 144 Delegierte sich für den Antrag aussprachen, den Vorstand zu beauftragen, mit den anderen Organisationen in Verbindung zu treten, damit das Abkommen zum 28. Februar gekündigt werde. Sechs Stimmzettel waren mit Nein beschriftet, sechs mit Ja, acht waren unbestimmt.

Der Vorstand wird entsprechend dem Beschluß der Konferenz, sich sofort mit den anderen Verbänden in Verbindung setzen.

Gegen vier Stimmen nahm die Konferenz folgende, vom Verbandsvorstand vorgelegte Entschliessung an:

„Die am 31. Dezember 1922 zu Bochum tagende Konferenz der freigewerkschaftlich organisierten Bergarbeiter des Ruhrgebiets protestiert entschieden gegen die von der französischen Regierung angebotenen Maßnahmen, die auf eine Besetzung und wirtschaftliche Ausbeutung des Ruhrgebiets hinstreben. Die Bergarbeiterschaft des Ruhrgebiets erblickt in der angestrebten Politik der produktiven Wänder nicht das Mittel, die Schwierigkeiten des Reparationsproblems zu überwinden und jene Beziehungen zwischen den Ländern herzustellen, wie sie die Interessen der Völker erheischen. Jeder gewaltsame Eingriff der französischen Regierung muß notwendig zu einer Verschärfung der wirtschaftlichen Notlage der Arbeiter und damit zu einer Vertiefung der internationalen Gegensätze führen.“

So entschieden die deutschen Bergarbeiter die dem Frieden und wirtschaftlichen Wiederaufbau schädliche Politik der französischen Regierung ablehnen, ebenso entschieden bekunden sie jedoch erneut ihren festen Willen, im Rahmen des Möglichen an der Erfüllung der deutschen Reparationsverpflichtungen mitzuarbeiten. Dieser Wille zum Wiederaufbau war es nicht zuletzt, der die Bergarbeiter veranlaßte, ungeachtet ihrer körperlichen Erschöpfung und Unterernährung mehrmals in ein Ueberschichtenabkommen einzustimmen.

Die Bergarbeiter des Ruhrgebiets erziehen die Arbeiter der Länder der Entente, auf ihre Regierungen einzuwirken, damit das Problem der Reparationen nicht der Anlaß werde zu neuen Schwierigkeiten, die die Gefahr gewalttätiger Auseinandersetzungen befürchten lassen. Von der deutschen Regierung fordert die Konferenz, daß sie nicht unberücksichtigt läßt, einen Ausgleich mit den Forderungen der Entente herbeizuführen; sie fordert insbesondere, daß der deutsche Reich mehr als bisher herangezogen wird zur Abtragung der Kosten, die sich aus den Reparationsverpflichtungen ergeben.“

Unternehmer zur Beitragsfrage.

Das die Weiterexistenz der Gewerkschaften von der Anpassung der Beiträge an die Geldentwertung abhängig ist, haben wir in verschiedenen Artikeln unter Beachtung aller in Frage kommenden Gesichtspunkte behandelt. Wie brennend diese Fragen für die Gewerkschaften geworden sind, beweisen die von Zeit zu Zeit in allen Gewerkschaftsorganen erscheinenden Artikel, in denen immer wieder die Notwendigkeit der Beitragserhöhung begründet wird. Die Mitglieder unseres Verbandes und aller Gewerkschaften wissen, daß nach dem Zustandekommen der Tarifverträge und besonders im Vergleich mit Schaffung des Betriebsratsgesetzes usw. die Unternehmer mit gut bezahlten Rechtsberatern dazu übergingen, Tarife und Betriebsratsgesetz nach ihrer Art zum Schaden der Arbeiter anzulegen. Um diese Kampfmethoden der Unternehmer zu parieren, mußten die Gewerkschaften besondere Kräfte heranbilden und heranziehen und neue Einrichtungen schaffen. Der Schaden würde für die organisierte Arbeiterschaft unübersehbar sein, wenn die Gewerkschaften wegen Mangel an Mitteln gezwungen wären, diese Einrichtungen abzubauen. Muß der Abbau wichtiger Einrichtungen einmal erfolgen, dann können die Unternehmer einen Erfolg für sich buchen. Für die Gewerkschaften bedeutet dies aber eine Preisgabe einer ihrer besten Waffen, die sie zurzeit dem Unternehmertum gegenüber besitzen.

Wie die „Deutsche Arbeiterzeitung“, die von den Unternehmerverbänden zum Abwehrkampf gegen die Gewerkschaften geschaffenen Einrichtungen bewertet, geht aus einem „Eingekandt“ in ihrer Nr. 52 hervor. In diesem Artikel wird mit fast derselben Begründung, wie in unserem vorerster Artikel: „Geldentwertung und Existenzgefährdung der Gewerkschaften“ zu der Beitragsfrage in den Unternehmerverbänden Stellung genommen. Es wird dort zum Ausdruck gebracht wie notwendig die von dem Unternehmerverbänden geschaffenen Einrichtungen aufrecht erhalten werden müssen, weil wegen Kompliziertheit der gesamten Materie es gar nicht mehr möglich ist, die damit verbundene Arbeit nebenamtlich erledigen zu können.

Unter Zugrundelegung der Geldentwertung und der Beitragsregelung in den Arbeiterorganisationen, einen Stundenlohn als Wochenbeitrag zu zahlen, um die gewerkschaftlichen Einrichtungen aufrecht erhalten zu können, kommt die „Arbeiterzeitung“ ebenfalls zu dem Schluss, daß auch die Arbeiterverbände ihre Beiträge der Geldentwertung anpassen müssten, um auch die dort geschaffenen Einrichtungen aufrecht zu erhalten. Wörtlich sagt sie:

„Die meisten Verbände haben ihre Geschäftsführung wesentlich erweitern müssen, und selbst ganz kleine Verbände sind in immer steigendem Maße dazu übergegangen, sich eigene Geschäftsführungen einzurichten, weil es den Substanzgebern selbst bei der Kompliziertheit der Materie nicht mehr möglich war, neben der Aufrechterhaltung ihrer Betriebe auch noch die Geschäftsführung von Arbeiterverbänden zu besorgen. Solche Einrichtungen kosten natürlich sehr viel Geld. Ich sage „sehr viel“, denn tatsächlich beweisen die vorstehenden Zahlen, daß die Befahrung mit Beiträgen von Arbeitgeberverbänden in der Jetztzeit durchaus nicht größer ist als in der Vorkriegszeit. Es wäre daher zu wünschen, daß die Klagen über finanzielle Schwierigkeiten der Arbeitgeberverbände vernehmlich; in der Zukunft werden Zeit würde sich bitter machen, was jetzt etwa nach dieser Richtung hin verabsäumt werden sollte.“

Unsere Mitglieder mögen besonders den Schlusssatz behelligen, damit nicht durch Nachlässigkeit in der Beitragsfrage in den Arbeiterorganisationen diese Befürchtungen, zum Schaden ihrer Mitglieder, einmal eintreten.

Die Unternehmer sind sich des Wertes ihrer Einrichtungen zur Befähigung der Arbeiter bewußt. Dasselbe muß auch bei den Arbeiterorganisationen und ihren Mitgliedern vorausgesetzt werden, und daher Durchführung des Grundgesetzes auch bei uns: einen Stundenlohn wdhentlich als Verbandsbeitrag.

nicht umhin, zu den Ereignissen in den verschiedenen Ländern selbst Stellung zu nehmen. Dies geschah vor allen Dingen auf der im Jahre 1909 in Paris abgehaltenen ersten internationalen Konferenz der Vertreter der gewerkschaftlichen Landesorganisationen, welche eine Resolution annahm, die u. a. folgenden Sätze enthält:

„Ebenfalls erklärt die Konferenz, ihre Sympathie den nützlichen spanischen Kameraden, die sich der Mobilisationsordre durch den Generalkrieg widergesetzt haben. Sie spricht die Hoffnung aus, daß es den Arbeitern aller Länder bald gelingen möge, durch ihren Einfluß und durch Anwendung aller ihnen zur Verfügung stehenden Mittel Kriege zu verhindern.“

In dieser Resolution war also das Eingeländnis enthalten, daß die Frage der Kriegsbelämpfung und die Abwehr gegen den Militarismus für die Gewerkschaften keine „theoretische“, sondern eine praktische Frage der Gewerkschaftsbewegung war. Dennoch blieb auch nach Abnahme dieser Resolution die Frage der Kriegsbelämpfung auf den internationalen Konferenzen ausgeschaltet. Man fuhr fort, diese Frage als nicht zum Aufgabengebiet der Gewerkschaften gehörig zu betrachten und beruhte bei der Auffassung, daß sie eine „politische“ und damit eine den politischen Organisationen zuzuführende Aufgabe sei.

Wir erinnern an die Jahresresolutionen der ersten und zweiten sozialdemokratischen Internationale und fuhr fort:

Es ist bekannt, wie rasch der Weltkrieg den Geist dieser Resolutionen verdrängte und wie rasch — überall — auch in den Arbeitermassen der Wille zum Frieden dem Willen zum Kriege wich. Es ist auch möglich, den Ursachen dieses Wandels nachzuforschen, aber es wäre hier nicht angebracht, etwa zu behaupten, daß die internationalen Gewerkschaften durch die fortgesetzte Ablehnung, sich mit der Frage des Krieges konkret zu beschäftigen und selbst Vorbereitungen zu seiner Belämpfung zu treffen, eine nicht leicht wegzuleugnende Mitschuld triffen.

Erst mußte der Weltkrieg als grausamer Lehrer auftreten, um auch die Gewerkschaften zu bewegen, sich mit diesem Zerlöser zu beschäftigen und Waffen gegen ihn zu schmieden. Dies geschah es zuerst mit seinem Begleit- und fast noch überzeugender mit seinen Folgeresultaten in jedem Arbeiter und jeden Gewerkschafter ein, daß die Frage des Krieges nicht gleichgültig für einen Disziplinär, sondern eine Frage ist, die wie keine andere tief in das Reich der Arbeiterschaft einschneidet, daß jeder Krieg mit neuen Folgen alle durch die gewerkschaftliche Tätigkeit erreichten Verbesserungen illusorisch macht, und daß Voraussetzung eines erfolgreichen Kampfes der Gewerkschaften um Lebensverbesserungen für die Arbeiterschaft Verhütung von Kriegen und Sicherung des Friedens ist.

Im Jahre 1917 traten die Vertreter der gewerkschaftlichen Landesorganisationen der Entente Staaten in London zusammen und nahmen Stellung zu den Kriegszielen. In einer längeren Erklärung forderte die Konferenz die Abschaffung des Militarismus in allen Ländern, die Unterdrückung der Geheimdiplomatie, die Schaffung einer Liga der Nationen — wobei ihr freilich etwas anderes vorzuziehen als der heutige Völkerbund — sowie die Errichtung eines Zwangsrichtersgerichtes, dessen Entscheidungen verpflichtend sind.

Dieser Erklärung pflichteten ein auf einer noch im selben Jahre in Bern stattgefundenen internationalen Konferenz auch die Gewerkschaftsvertreter aus den Zentralstaaten bei.

Aber nachdem einmal die Generäle kommandierten und der gegebene Augenblick zum Eingreifen für die Arbeiterschaft ungenutzt gelassen war, so war die Beschäftigung mit dem Krieg und seinen Zielen während des Krieges durch die Zeitumstände „Theorie“ geworden, denn nun hatten sich die Gewerkschaften ihres Einflusses auf den Krieg und seine Beendigung begeben.

Ein Jahr später verkrumten die Kanonen des Weltkrieges, aber mit ihnen verkrumte nicht zugleich der Krieg. Dieser wickelte nur seine Räder. Aras sind Friedensverträge unterzeichnet worden, aber Europa blieb friedlos.

Noch waren die letzten Toten des Weltkrieges nicht begraben und schon lagen neue Kriegsgefahren vor.

Nicht zuletzt war diese Lage ein Antrieb für die internationalen Gewerkschaften, unmittelbar nach dem Kriege die zerrissenen und getödeten Bande unter sich wieder fester zu knüpfen und die Schaffung einer neuen internationalen Internationale vorzubereiten. Nun erließen es auch allen Delegierten ist als selbstverständlich, daß der erste Grundstein zu diesem neuen Bau das gemeinsame Verständnis zum Kampfe gegen jeden Krieg und Militarismus bilden mußte. Was also vor wenigen Jahren noch für die internationale Gewerkschaftsbewegung nur „theoretische Fragen“ waren und „nicht auf eine Gewerkschaftsaktion“ gehörte, da diese kein „Diskussions“ sei, war nunmehr Grundfrage und erster Ausgangspunkt der neuen Internationale.

Kommen wirte hier Antike: Beschlüsse der internationalen Konferenzen der Gewerkschaften in London 1920 und der internationalen Verbände der Bergarbeiter, Transportarbeiter und der Metallarbeiter aus demselben Jahre.

Diese einstimmige Stellungnahme der internationalen Konferenz der Gewerkschaften in Bezug auf die Beziehungen gegen Krieg und Militarismus ist von höchster Bedeutung. Es lag daher dem Internationalen Gewerkschaftsbund sehr daran, mit den Vertretern dieser Internationalen Berufsverbände möglichst schnell zusammenzukommen und in gemeinsamer Beratung die Voraussetzungen kombinierter Handelns zu schaffen. Diese Konferenz fand im November 1921 in Kiew statt und setzte zur Vorbereitung notwendiger Aktionen ein Komitee, bestehend aus dem Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes und je einem Vertreter der drei Internationalen Sekretariate der Transportarbeiter, der Bergarbeiter und der Metallarbeiter ein.

Der so geschaffene Generalkrieg gegen den Krieg wurde auf dem im April 1922 in Rom stattgefundenen Internationalen Gewerkschaftskongress ausdrücklich bestätigt.

Außerdem beauftragte dieser Kongress noch einmal die in London gegen Krieg und Militarismus gefasste Entschliessung, und legte den Gewerkschaften mit größter Eindringlichkeit die Pflicht auf, in allen Ländern eine kräftige und unerbittliche Kampagne gegen Krieg und Militarismus zu entfalten und die Arbeiterschaft über die Bereitwilligkeit zu erziehen, einem Appell zur Arbeitsniederlegung im Falle der Kriegsbelämpfung zu folgen und über alle Bedenken und sonstige Rücksichten hinweg die internationale Solidarität gegen zu lassen.

Auf Grund dieser Resolution ist auch die Einberufung dieses Weltkongresses erfolgt. Alle hier vertretenen Organisationen haben sich grundsätzlich mit der Anwendung des Generalkrieges und des internationalen Boykotts als Mittel zur Kriegsbelämpfung einverstanden erklärt und damit die Verpflichtung übernommen, in ihrem Kampfe gegen den Krieg diese Waffen zu verteidigen.

Es ist zu begreifen, daß, wie dieser Kongress beweist, ein so großer Teil von Organisationen, von denen es nicht ohne weiteres vorauszufragen war, die Arbeiterschaft in dem ihre von den internationalen Gewerkschaftskongressen in London und Rom vorgezeichneten Kampfe unterstützt und sich der Hoffnung ausdrückte, daß diese Bestimmungsgemeinschaft zu einem engen Zusammenarbeiten führt.

Tadel müßte ich freilich nicht verschweigen, daß die Arbeiterschaft keine Gewerkschaft wünschete mit jenen Teilen der passivsten Bewegung, denen der Passivismus nur ein Mittel ist, um die Arbeiterschaft von ihrem Selbstbestimmungskampfe abzuwenden und die nur die Arbeiterschaft gegen die sie beherrschende kapitalistische Klasse passivsten wolle. (Lebhafter Beifall.) Einen solchen Klassenfrieden gibt es heute nicht für das Proletariat, denn es wäre im Grunde genommen nichts anderes als die Anerkennung der bestehenden Klassenherrschaft des Kapitals über die Arbeiterschaft. (Lebhafter Beifall.)

Daß die Arbeiterschaft den Kampf gegen Krieg und Militarismus ernst nimmt, daß sie entschlossen ist, zu ihren Worten zu stehen und daß sie selbst Verfassungen auf sich zu nehmen, hat sie in den letzten Jahren bewiesen. Zweimal hat sie den Boykott als Abwehr gegen Krieg und Reaktion angewendet. Sie hat die Waffen- und Munitionstransporte gegen Sowjetrussland verhindert und damit, wie der russische Volkskommisars Nowin auf dem letztjährigen Kongress der kommunistischen Gewerkschaften in Moskau erklärt hat, die Bourgeoisie gehindert, Rußland zu erlösen; und sie hat ferner über Kordyn-Ungarn den Boykott verhängt, auf den es nicht zuletzt zurückzuführen ist, daß die Arbeiter dort überhaupt wieder etwas Bewegungsfreiheit genießen.

In diesen beiden Abwehrkämpfen ist von Seiten der Arbeiter viel Opfermut beweisen worden und ich halte es für meine Pflicht, diesen allen von dieser Stelle aus zu danken. (Lebhafter Beifall.) Ich hege das feste Vertrauen, daß das von diesen Arbeitern bewiesene Vorbild in der gesamten internationalen Arbeiterschaft Nachahmung findet, wenn ein neuer Appell an die internationale Solidarität, an die Solidarität mit der Menschheit selbst erteilt.

Eine reifliche Besorgung jedoch kann solcher Appell nur finden, wenn mit dem Abscheu gegen den Krieg auch die klare Erkenntnis die Arbeiterschaft erfüllt, daß alle Kriege zu ihrem eigenen Verderben ausschlagen und wenn der Arbeiterschaft die direkte oder indirekte Mithilfe am Kriege als etwas ebenso verachtenswertes gilt wie heute der Streikbruch.

Gerade das weiß den Weg, den die Gewerkschaften einzuschlagen haben: sie müssen die Arbeiter ebenso zur Verteidigung von Kriegsarbeiten erziehen, wie sie diese im Laufe der Jahre zur Verweigerung von Streikbrechearbeit erzoogen haben.

Erfreulicherweise hat die Gewerkschaftsbewegung diesen Weg bereits beschritten. So hat der Internationale Metallarbeiterkongress beschlossen, in allen Ländern eine Kontrolle über die in der Waffen- und Munitionproduktion beschäftigten Arbeiter zu führen und in Verbindung mit der Gewerkschaften die Ueberleitung dieser Arbeiter in die Friedensindustrie zu erkämpfen.

Ein großes Werk der Erziehung liegt vor uns. Der Internationale Gewerkschaftsbund erkennt es in seiner ganzen Größe, aber die Gewerkschaften können davon nicht zurück und nehmen diese Aufgabe auf sich, im Bewußtsein herdurch nicht nur der Befreiung der Arbeiterklasse selbst, sondern der gesamten menschlichen Menschheit zu dienen.

Nicht zuletzt ist es auch dieser hohe sittliche Ernst, der zu dem zu verheißenen Vertrauen berechtigt, daß dem Erziehungswort des Internationalen Gewerkschaftsbundes der Erfolg nicht verweigert bleibt und daß ein Appell an die Arbeiterschaft drohender Kriegsgefahr mit der Verweigerung der Arbeit zu begegnen, im gesamten internationalen Proletariat Gefolgenschaft findet.

Wir teilen mit dem Generalkrieg und dem wirtschaftlichen Boykott kein verwegenes Spiel. Wir kennen ihre furchtbaren Wirkungen, aber wenn Mord und Totschlag die Beziehungen zwischen Völkern regeln sollen, denn in Proklamierung und Durchführung des Generalkrieges und Verhängung des Boykotts Pflicht und sittliches Recht, das kein Gesetz und kein Vertrag verwehren kann, denn höher als alle geschriebenen Gesetze und Verträge steht für die Arbeiterschaft das ungeschriebene Gesetz, daß den Mord verbitet, und der ungeschriebene Vertrag, der sie mit der internationalen Arbeiterschaft und der Menschheit selbst verknüpft.

Nach bleibt Mord und verliert nichts von seiner Schande, wenn man ihn zum leichteren Mordmord vergrößert. Es ist selbstverständlich, daß sich die Verhandlung des Generalkrieges auf die vom Kriege gefährdeten Länder zu beschränken hätte, denn es

Nie wieder Krieg!

II.

Wir müssen beirach kann die Tatsache, daß die Gewerkschaften bis zum Weltkrieg für der Kriegsbelämpfung nicht offiziell gewidmet haben, obwohl dies verschiedentlich angeregt wurde.

Aber wenn man sich auf den internationalen Gewerkschaftskongressen auch nicht direkt mit dieser Frage beschäftigte, so konnte man doch

Die Kohle im Schulunterricht.

Aus dem Reichshoflenrat schreibt man uns:

Die bereits gemachte, harte der Reichshoflenrat unlangst einen Beitrag von 1,5 Millionen Mark für die Verbreitung von Kenntnissen in der Bevölkerung bewilligt, die die breitesten Schichten mehr als bisher in den Stand setzen sollen, die Brennstoffe mit höchster Wirtschaftlichkeit auszunutzen. In dieser Richtung muß ja seit Jahr und Tag von den heimatlichen Berufsverbänden (Osmeyern, Saemmelnägern, den Zinnschneidern der Oefen, Zentralheizungen und Herde, den Gaswerkern), sowie von den Landeshoelen- und Hoefenwirtschaftlichen durch Vorträge, Zeitblätter, Schriften, Ausstellungen usw. eine dem Reichshoflenrat einheitlich zusammengefasste rege Tätigkeit entfaltet, die vor allem auch von der Hoch- und Tagespresse weitgehend unterstützt worden ist. Man kann sich aber der Tatsache nicht verschließen, daß alle diese Mühe die sich auf die Bedürfnisse des Augenblicks und auf die Unterrichtung der Erwachsenen erweist, ohne den nötigen nachfolgenden Einfluß bleiben muß, wenn nicht vor allem bei der Schulung des Nachwuchses gutgemacht wird, was bisher durch fast vollständige Vernachlässigung der brennstoffwirtschaftlichen Gesichtspunkte in den Schulen und vielen Fachschulen verfehlt wurde. Schon in den Schulen und Fachschulen muß unferst Kindern und jungen Leuten das Wichtigste über die grundlegende Bedeutung der Kohle für unsere ganze Zivilisation sowie die Notwendigkeit auch die Möglichkeiten, mit ihr hauszuhalten, in Fleisch und Blut übergeben. Denn werden sich die Früchte bald in allgemeiner Erzeugung von mehr Wärme aus weniger Kohle zeigen, im Hausbrand wie in der Industrie und im Verkehrsweien. In der Stadt, Staats- und Reichsparlamenten wird, anders als jetzt, dann jederzeit leicht eine Wahrheit in der demnächstigen brennstoffwirtschaftlichen Maßnahmen zu haben sein. Dadurch können wir einen Teil des uns durch den Vertrag von Versailles zugefügigen Verlustes an Hoefenwärme aus eigener Kraft ausgleichen.

In nächster Erkenntnis dieser Zusammenhänge hat der Reichshoflenrat daher weitblickend die von ihm bewilligten Mittel dazu bestimmt, den Staat- und Fachschulunterricht in dieser Hinsicht zu verbessern. In einer Sitzung mit Vertretern der zuständigen Reichs- und Landesministerien der Landeshoelenstellen, der hoefenwirtschaftlichen Berufe und der Hausbauverbände hat der Sonderausschuß für Hausbrandfragen beim Reichshoflenrat vor kurzem den Weg zu diesem Ziele abgesteckt. Bei der Hauptrolle vor Wärmewirtschaft, die zum Reichshoflenrat in engen Beziehungen steht, wird die praktische Durchführung liegen. Zunächst gilt es, die Lehrpläne selbst mit dem nötigen Rückzug zu versehen und in allen möglichen Lehrplänen wärmewirtschaftliche Gesichtspunkte einzuflechten und richtig zu betonen. (Es ist nicht etwa daran gedacht, neue Lehrbücher einzuführen.) Nur wenn gleichzeitig bei den Lehrkräften das Interesse und Verständnis geweckt, „eine Atmosphäre“ geschaffen wird, haben entsprechende Erfolge der obersten Schulbehörden Aussicht auf durchgreifenden Erfolg.

Somit in Hand mit diesem Vorhaben stehen die hoefenwirtschaftlichen Berufsverbände mit ihren intensiven Arbeiten, um jeden einzelnen ihrer eigenen Berufsangehörigen immer mehr zum „Apfel demnütziger Wärmewirtschaft“ zu machen, indem ein jeder bei Verhütung seiner täglichen Arbeit immer wieder jeden Brennstoffverbraucher, jede Hausfrau auf jede Möglichkeit besserer Brennstoffausnutzung hinweist.

Der Reichshoflenrat hat die Wiederholung der erwähnten Sitzung jedoch sehr überflüssig gedruckt herausgegeben und durch einen Lite-

raturnachweis sowie eine Zusammenstellung der Organisation der beteiligten Berufsverbände vervollständigt. Die Niederschrift wird allen auf diesem Gebiet tätigen Körperchaften, besonders den Lehrer- und Lehrervereinigungen, auf Wunsch von der Geschäftsleitung der Reichshoflenratlichen Sachverständigenkommission des Reichshoflenrats, Berlin W 62, Wichmannstr. 19, kostenlos zugestellt.

Zu Fuß unter dem Rhein hindurch.

Auf die Frage, wie man zu Fuß unter dem Rhein hindurchgehen könnte, würden die meisten erklären, das ist ausgeschlossen. Und doch besteht diese Möglichkeit: denn das Steinfloßenerbergwerk Diergardt am Niederrhein hat auf beiden Seiten des Stromes Schächte, die durch einen Querschlag unter dem Rhein verbunden sind. Die Bergleute dieser Zeche machen täglich den Weg unter dem Strom hindurch. Der eine Schacht, der 271 Meter tief ist, befindet sich bei Hochemmerich am linken Rheinufer gegenüber Duisburg, der andere bei Reuckamp auf der rechten Seite, und war auf der vom Ruhr-, Rhein- und Duisburger Hafen gebildeten Kalbinfel. Der Querschlag unter dem Rhein wurde im Juli 1913 begonnen und in der ersten Kriegszeit vollendet. Deshalb hat diese immerhin bemerkenswerte technische Leistung keine Beachtung gefunden. (Metallarbeiter-Zugend.)

Bergarbeitertragödie.

Aus Kalifornien, dem nordwestlichen Bundesstaat der Vereinigten Staaten von Nordamerika, wurde Ende August 1922 kurz gemeldet, daß sich 47 Bergarbeiter infolge Grubenbrand in einen abseits gelegenen Stollen geflüchtet hatten und sich dann nicht mehr retten konnten. Nur wird berichtet:

„Es ist 3 Uhr und das Gas kommt immer stärker.“ Diese Worte, die auf einen feinen Papier gezeichneten und an dem ich einen Bergmannes befestigt waren, wurden von der Rettungsbedition geendet die 23 Tage hindurch einen Stollen gegraben hatte, um die 47 eingeschlossenen Bergleute zu bergen. Die juchbare Tragödie ereignete sich am 27. August in dem Argonautenbergwerk zu Jackson in Kalifornien. Diese Katastrophe war der einzige Bericht von dem grausigen und verwüsteten Kampf mit dem Tode, den die 47 Männer angediehen hatten. Die Kohlenleute hatten sie in einem 3000 Fuß unter der Oberfläche gelegenen Schacht überflusst, als ein Feuer ausbrach. Während die anderen Bergarbeiter sich retten konnten, blieb diesen 47 kein Ausweg. Man konnte ihren Todeskampf aus verschiedenen Einzelheiten bei der Auffindung sich bergemänglichen. Die Rettungsoperation drang bis zu einer Tiefe von 2400 Fuß unter Tage vor. Hier fand man eine heftig errichtete Barriere, durch die die Unglücklichen versuchten, das Vordringen der Brandgase zu verhindern. Die giftigen Dämpfe waren aber durch die Zugung im Holz hindurchgedrungen und so kämpften die Männer sich noch tiefer hinuntergelüchert bis zu 4350 Fuß. In dieser Schicht fand man eine zweite Barrikade: sie bezeichnete den letzten verzweifelten Versuch, das Vordringen des Gases aufzuhalten. Der Holzvorrat war bereits erschöpft, und so hatten die Unglücklichen ihre Kleider heruntergerissen und in die Wäden der Holzbarriere gefloht. Aber auch das war vergebens. Das Gas kam hoch durch, und bei einem neuen Versuch, sich durch Aufstufung einer Wand zu wehren, wurden sie von den giftigen Gasen überfallen, und so starben sie, die meisten nach, alle blüht aneinandergebrängt.

26. Internationaler Bergarbeiterkongress.

Das Protokoll des Internationalen Bergarbeiterkongresses, abgehalten vom 6. bis 11. August 1922 in Frankfurt a. M., ist im Druck erschienen. Neben einem protokolllarischen Kongressbericht sind auch die schriftlichen Berichte der einzelnen Länder über die Kohlenlage, soziale Beschäftigung usw. in dem Protokollbuch enthalten.

hätte keinen Sinn, im Falle eines Krieges zwischen zwei Staaten die Arbeit auch in den anderen Ländern zum Stillstand zu bringen.

Die Feststellung der direkten Kriegsschuld ist natürlich immer schwierig. Sie herauszufinden wäre aber möglich durch die Schaffung eines internationalen Schiedsgerichts...

Selbstverständlich müßte ein solches Schiedsgericht so zusammengefaßt sein, daß ihm die Arbeiterschaft auch Vertrauen entgegenbringen kann.

Mehr über die technischen Einzelheiten der Durchführung des Generalstreiks darzulegen, möchte ich mir hier versagen.

Die Arbeiterzeitung kennt in ihrem Kampf um den Frieden kein Ruhen und kein Halten mehr, sie ist zur Arbeiterschaft und rücksichtslossten Gegenwehr entschlossen...

Dennoch ist wiederholte: heute weiß die Arbeiterschaft, daß sie in jedem anderen Kriege immer der Betrogene ist und daß sie nicht von den Herrschenden gegeneinander ins Wanken gebracht werden wird...

Nur ein Krieg ist geadaht: das ist der Krieg, der um den Frieden selbst geführt wird. Diesen Krieg führen aber niemals die herrschenden Klassen...

Jeder andere Krieg oder entbehrt dieses Abzels, da er nicht nur nicht um dieses Kultur-Waterland gekämpft wird, sondern Kultur und Menschheit fortwährend vernichtet...

Jeder andere Krieg oder entbehrt dieses Abzels, da er nicht nur nicht um dieses Kultur-Waterland gekämpft wird, sondern Kultur und Menschheit fortwährend vernichtet...

Jeder andere Krieg oder entbehrt dieses Abzels, da er nicht nur nicht um dieses Kultur-Waterland gekämpft wird, sondern Kultur und Menschheit fortwährend vernichtet...

Jeder andere Krieg oder entbehrt dieses Abzels, da er nicht nur nicht um dieses Kultur-Waterland gekämpft wird, sondern Kultur und Menschheit fortwährend vernichtet...

Jeder andere Krieg oder entbehrt dieses Abzels, da er nicht nur nicht um dieses Kultur-Waterland gekämpft wird, sondern Kultur und Menschheit fortwährend vernichtet...

Jeder andere Krieg oder entbehrt dieses Abzels, da er nicht nur nicht um dieses Kultur-Waterland gekämpft wird, sondern Kultur und Menschheit fortwährend vernichtet...

Jeder andere Krieg oder entbehrt dieses Abzels, da er nicht nur nicht um dieses Kultur-Waterland gekämpft wird, sondern Kultur und Menschheit fortwährend vernichtet...

Jeder andere Krieg oder entbehrt dieses Abzels, da er nicht nur nicht um dieses Kultur-Waterland gekämpft wird, sondern Kultur und Menschheit fortwährend vernichtet...

Jeder andere Krieg oder entbehrt dieses Abzels, da er nicht nur nicht um dieses Kultur-Waterland gekämpft wird, sondern Kultur und Menschheit fortwährend vernichtet...

Jeder andere Krieg oder entbehrt dieses Abzels, da er nicht nur nicht um dieses Kultur-Waterland gekämpft wird, sondern Kultur und Menschheit fortwährend vernichtet...

Jeder andere Krieg oder entbehrt dieses Abzels, da er nicht nur nicht um dieses Kultur-Waterland gekämpft wird, sondern Kultur und Menschheit fortwährend vernichtet...

Jeder andere Krieg oder entbehrt dieses Abzels, da er nicht nur nicht um dieses Kultur-Waterland gekämpft wird, sondern Kultur und Menschheit fortwährend vernichtet...

Jeder andere Krieg oder entbehrt dieses Abzels, da er nicht nur nicht um dieses Kultur-Waterland gekämpft wird, sondern Kultur und Menschheit fortwährend vernichtet...

Jeder andere Krieg oder entbehrt dieses Abzels, da er nicht nur nicht um dieses Kultur-Waterland gekämpft wird, sondern Kultur und Menschheit fortwährend vernichtet...

Jeder andere Krieg oder entbehrt dieses Abzels, da er nicht nur nicht um dieses Kultur-Waterland gekämpft wird, sondern Kultur und Menschheit fortwährend vernichtet...

Jeder andere Krieg oder entbehrt dieses Abzels, da er nicht nur nicht um dieses Kultur-Waterland gekämpft wird, sondern Kultur und Menschheit fortwährend vernichtet...

Jeder andere Krieg oder entbehrt dieses Abzels, da er nicht nur nicht um dieses Kultur-Waterland gekämpft wird, sondern Kultur und Menschheit fortwährend vernichtet...

Jeder andere Krieg oder entbehrt dieses Abzels, da er nicht nur nicht um dieses Kultur-Waterland gekämpft wird, sondern Kultur und Menschheit fortwährend vernichtet...

gime hatten. Aus diesen Worten klingt das Bedauern darüber heraus, daß eine Anzahl höherer Verwaltungsbefugten nicht mehr übrig des Großkapitals sein wollen.

Ein Musterbeispiel dafür, wie bestimmte Kreise aus der Kapitalindustrie gegen einen ihnen mißliebigen Oberpräsidenten vorgehen, liefert die Nr. 21 der „Deutschen Bergwerks-Ztg.“

„Aus den Kreisen der Kapitalindustrie wird uns geschrieben: Der Oberpräsident der Provinz Sachsen regt in einem Schreiben an einen industriellen Spitzenverband an, die Bergarbeiter über ihre im Verg...

„Aus den Kreisen der Kapitalindustrie wird uns geschrieben: Der Oberpräsident der Provinz Sachsen regt in einem Schreiben an einen industriellen Spitzenverband an, die Bergarbeiter über ihre im Verg...

„Aus den Kreisen der Kapitalindustrie wird uns geschrieben: Der Oberpräsident der Provinz Sachsen regt in einem Schreiben an einen industriellen Spitzenverband an, die Bergarbeiter über ihre im Verg...

„Aus den Kreisen der Kapitalindustrie wird uns geschrieben: Der Oberpräsident der Provinz Sachsen regt in einem Schreiben an einen industriellen Spitzenverband an, die Bergarbeiter über ihre im Verg...

„Aus den Kreisen der Kapitalindustrie wird uns geschrieben: Der Oberpräsident der Provinz Sachsen regt in einem Schreiben an einen industriellen Spitzenverband an, die Bergarbeiter über ihre im Verg...

„Aus den Kreisen der Kapitalindustrie wird uns geschrieben: Der Oberpräsident der Provinz Sachsen regt in einem Schreiben an einen industriellen Spitzenverband an, die Bergarbeiter über ihre im Verg...

„Aus den Kreisen der Kapitalindustrie wird uns geschrieben: Der Oberpräsident der Provinz Sachsen regt in einem Schreiben an einen industriellen Spitzenverband an, die Bergarbeiter über ihre im Verg...

„Aus den Kreisen der Kapitalindustrie wird uns geschrieben: Der Oberpräsident der Provinz Sachsen regt in einem Schreiben an einen industriellen Spitzenverband an, die Bergarbeiter über ihre im Verg...

„Aus den Kreisen der Kapitalindustrie wird uns geschrieben: Der Oberpräsident der Provinz Sachsen regt in einem Schreiben an einen industriellen Spitzenverband an, die Bergarbeiter über ihre im Verg...

„Aus den Kreisen der Kapitalindustrie wird uns geschrieben: Der Oberpräsident der Provinz Sachsen regt in einem Schreiben an einen industriellen Spitzenverband an, die Bergarbeiter über ihre im Verg...

„Aus den Kreisen der Kapitalindustrie wird uns geschrieben: Der Oberpräsident der Provinz Sachsen regt in einem Schreiben an einen industriellen Spitzenverband an, die Bergarbeiter über ihre im Verg...

„Aus den Kreisen der Kapitalindustrie wird uns geschrieben: Der Oberpräsident der Provinz Sachsen regt in einem Schreiben an einen industriellen Spitzenverband an, die Bergarbeiter über ihre im Verg...

„Aus den Kreisen der Kapitalindustrie wird uns geschrieben: Der Oberpräsident der Provinz Sachsen regt in einem Schreiben an einen industriellen Spitzenverband an, die Bergarbeiter über ihre im Verg...

„Aus den Kreisen der Kapitalindustrie wird uns geschrieben: Der Oberpräsident der Provinz Sachsen regt in einem Schreiben an einen industriellen Spitzenverband an, die Bergarbeiter über ihre im Verg...

„Aus den Kreisen der Kapitalindustrie wird uns geschrieben: Der Oberpräsident der Provinz Sachsen regt in einem Schreiben an einen industriellen Spitzenverband an, die Bergarbeiter über ihre im Verg...

„Aus den Kreisen der Kapitalindustrie wird uns geschrieben: Der Oberpräsident der Provinz Sachsen regt in einem Schreiben an einen industriellen Spitzenverband an, die Bergarbeiter über ihre im Verg...

„Aus den Kreisen der Kapitalindustrie wird uns geschrieben: Der Oberpräsident der Provinz Sachsen regt in einem Schreiben an einen industriellen Spitzenverband an, die Bergarbeiter über ihre im Verg...

„Aus den Kreisen der Kapitalindustrie wird uns geschrieben: Der Oberpräsident der Provinz Sachsen regt in einem Schreiben an einen industriellen Spitzenverband an, die Bergarbeiter über ihre im Verg...

„Aus den Kreisen der Kapitalindustrie wird uns geschrieben: Der Oberpräsident der Provinz Sachsen regt in einem Schreiben an einen industriellen Spitzenverband an, die Bergarbeiter über ihre im Verg...

„Aus den Kreisen der Kapitalindustrie wird uns geschrieben: Der Oberpräsident der Provinz Sachsen regt in einem Schreiben an einen industriellen Spitzenverband an, die Bergarbeiter über ihre im Verg...

„Aus den Kreisen der Kapitalindustrie wird uns geschrieben: Der Oberpräsident der Provinz Sachsen regt in einem Schreiben an einen industriellen Spitzenverband an, die Bergarbeiter über ihre im Verg...

„Aus den Kreisen der Kapitalindustrie wird uns geschrieben: Der Oberpräsident der Provinz Sachsen regt in einem Schreiben an einen industriellen Spitzenverband an, die Bergarbeiter über ihre im Verg...

„Aus den Kreisen der Kapitalindustrie wird uns geschrieben: Der Oberpräsident der Provinz Sachsen regt in einem Schreiben an einen industriellen Spitzenverband an, die Bergarbeiter über ihre im Verg...

land zwischen den beiden Parteien nicht statt, aber im Laufe des Monats Dezember erhielt der Geldmann Frömblich die Erlaubnis zugesprochen. Gelegentlich der Verhandlungen zwischen den beiden Parteien wurde der Antragsinhaber Sonntag von dem Geldmann Frömblich einmal eine Anleihe von 20.000 Mk. gefordert.

Das Verbot kam zu einer Verzögerung, ohne dem Angeklagten mitbernde Umstände zuzubilligen. Das Urteil lautete wegen grober Falschung auf 20.000 Mk. Geldstrafe eventuell für je 170 Mk. einen Tag Gefängnis.

Die wahren Kapitalpreise sind letzten Endes die Folge der Tatsache daß Deutschland im Frieden einen gewissen Teil seines Kapitalbedarfs aus Polen und Rußland bezog.

Die wahren Kapitalpreise sind letzten Endes die Folge der Tatsache daß Deutschland im Frieden einen gewissen Teil seines Kapitalbedarfs aus Polen und Rußland bezog.

Die wahren Kapitalpreise sind letzten Endes die Folge der Tatsache daß Deutschland im Frieden einen gewissen Teil seines Kapitalbedarfs aus Polen und Rußland bezog.

Die wahren Kapitalpreise sind letzten Endes die Folge der Tatsache daß Deutschland im Frieden einen gewissen Teil seines Kapitalbedarfs aus Polen und Rußland bezog.

Die wahren Kapitalpreise sind letzten Endes die Folge der Tatsache daß Deutschland im Frieden einen gewissen Teil seines Kapitalbedarfs aus Polen und Rußland bezog.

Die wahren Kapitalpreise sind letzten Endes die Folge der Tatsache daß Deutschland im Frieden einen gewissen Teil seines Kapitalbedarfs aus Polen und Rußland bezog.

Die wahren Kapitalpreise sind letzten Endes die Folge der Tatsache daß Deutschland im Frieden einen gewissen Teil seines Kapitalbedarfs aus Polen und Rußland bezog.

Die wahren Kapitalpreise sind letzten Endes die Folge der Tatsache daß Deutschland im Frieden einen gewissen Teil seines Kapitalbedarfs aus Polen und Rußland bezog.

Die wahren Kapitalpreise sind letzten Endes die Folge der Tatsache daß Deutschland im Frieden einen gewissen Teil seines Kapitalbedarfs aus Polen und Rußland bezog.

Die wahren Kapitalpreise sind letzten Endes die Folge der Tatsache daß Deutschland im Frieden einen gewissen Teil seines Kapitalbedarfs aus Polen und Rußland bezog.

Die wahren Kapitalpreise sind letzten Endes die Folge der Tatsache daß Deutschland im Frieden einen gewissen Teil seines Kapitalbedarfs aus Polen und Rußland bezog.

Die wahren Kapitalpreise sind letzten Endes die Folge der Tatsache daß Deutschland im Frieden einen gewissen Teil seines Kapitalbedarfs aus Polen und Rußland bezog.

Die wahren Kapitalpreise sind letzten Endes die Folge der Tatsache daß Deutschland im Frieden einen gewissen Teil seines Kapitalbedarfs aus Polen und Rußland bezog.

Die wahren Kapitalpreise sind letzten Endes die Folge der Tatsache daß Deutschland im Frieden einen gewissen Teil seines Kapitalbedarfs aus Polen und Rußland bezog.

Die wahren Kapitalpreise sind letzten Endes die Folge der Tatsache daß Deutschland im Frieden einen gewissen Teil seines Kapitalbedarfs aus Polen und Rußland bezog.

Die wahren Kapitalpreise sind letzten Endes die Folge der Tatsache daß Deutschland im Frieden einen gewissen Teil seines Kapitalbedarfs aus Polen und Rußland bezog.

Die wahren Kapitalpreise sind letzten Endes die Folge der Tatsache daß Deutschland im Frieden einen gewissen Teil seines Kapitalbedarfs aus Polen und Rußland bezog.

Die wahren Kapitalpreise sind letzten Endes die Folge der Tatsache daß Deutschland im Frieden einen gewissen Teil seines Kapitalbedarfs aus Polen und Rußland bezog.

Die wahren Kapitalpreise sind letzten Endes die Folge der Tatsache daß Deutschland im Frieden einen gewissen Teil seines Kapitalbedarfs aus Polen und Rußland bezog.

Die wahren Kapitalpreise sind letzten Endes die Folge der Tatsache daß Deutschland im Frieden einen gewissen Teil seines Kapitalbedarfs aus Polen und Rußland bezog.

Die wahren Kapitalpreise sind letzten Endes die Folge der Tatsache daß Deutschland im Frieden einen gewissen Teil seines Kapitalbedarfs aus Polen und Rußland bezog.

Wohnungsbaugesellschaft für das Rheinische Braunkohlenrevier.

Wir hatten schon einmal, letzter sogar unter der Ueberschrift „Kreu und Glauben“ die Wohnungsbaugesellschaft für das Rheinische Braunkohlenrevier in der „Bergarbeiter-Zeitung“ behandelt.

Heute richtet die Wohnungsbaugesellschaft noch einmal zur Stellungnahme gegen sie. Sie berichtet unterm 19. Dezember folgendes Schreiben an die Mitglieder ihres Verwaltungsrates:

„In Anbetracht der Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse und mit Rücksicht auf die von dem Herrn Reichsarbeitsminister gestellten Forderungen, daß bei Festsetzung der Mieten für die Bergmannswohnungen die durch die Gesetzgebung geschaffenen Verhältnisse angemessen zu berücksichtigen, insbesondere die Mieten in solcher Höhe festzusetzen sind, daß neben der Vergütung und Tilgung der rentierlichen Werte die Aufbringung der Betriebskosten und die Kosten für die Instandhaltung sichergestellt werden, haben wir beschloffen, mit Wirkung vom 1. Januar 1923 bis auf weiteres die Mieten und rentierlichen Bauwerte um das Zwölfte zu erhöhen.“

Es wäre dem Herrn Geschäftsführer dringend zu empfehlen, sich die Reichsbestimmungen, denen sie ihr Amt verbinden, einmal anzusehen. Dort heißt es ausdrücklich, daß die Miete festsetzung durch die zuständige Stelle der Reichsarbeitsgemeinschaft zu erfolgen hat.

Es wäre dem Herrn Geschäftsführer dringend zu empfehlen, sich die Reichsbestimmungen, denen sie ihr Amt verbinden, einmal anzusehen. Dort heißt es ausdrücklich, daß die Miete festsetzung durch die zuständige Stelle der Reichsarbeitsgemeinschaft zu erfolgen hat.

Es wäre dem Herrn Geschäftsführer dringend zu empfehlen, sich die Reichsbestimmungen, denen sie ihr Amt verbinden, einmal anzusehen. Dort heißt es ausdrücklich, daß die Miete festsetzung durch die zuständige Stelle der Reichsarbeitsgemeinschaft zu erfolgen hat.

Ein kleines Fallhertumsküchchen. Hege gegen republikanische Beamte.

Herr Dr. Silberberg verübte die Wut, seinen bergbauischen Berufsstand, daß er im Bergbau doch einmal zum Kampf kommen müsse. In diesem Zusammenhang betonte er aber auch gleichzeitig, daß die Bergwerksunternehmer in einem ebenbürtigen Kampf mit den Bergarbeitern behördlichseits nicht mehr die Unterstützung finden werden, die sie bekanntlich in der Vorriegszeit unter dem wilhelminischen Regime hatten.

Die Auslieferung staatlichen Eigentums an das Privatkapital.

Eine Folge der parlamentarischen Untersuchung bei den Staatszechen im Dürckenerbergwerk, wo die Festsetzung der Unternehmerarbeit. Bei der Untersuchung wurde auf der Anlage 13 benützte auch festgestellt, daß es dort in den Zeiten der Kohlennot üblich geworden war, alte Stollen und geringe Vorkommen, die der Fristus nicht abbauen wollte, an Vergewaltete und andere Privatleute zum Abbau zu vermieten.

Am Mittwoch, den 20. Dezember, wurde um hiesigen Schöffengericht eine Verleumdungsklage zwischen der staatlichen Berginspektion I zu Hohenbühren und dem Pächter einer hiesigen Kleingrube verhandelt. Dieser Pächter hatte ein kleines Feld von der Berginspektion zum Kohlenabbau erhalten.

Am Mittwoch, den 20. Dezember, wurde um hiesigen Schöffengericht eine Verleumdungsklage zwischen der staatlichen Berginspektion I zu Hohenbühren und dem Pächter einer hiesigen Kleingrube verhandelt.

Am Mittwoch, den 20. Dezember, wurde um hiesigen Schöffengericht eine Verleumdungsklage zwischen der staatlichen Berginspektion I zu Hohenbühren und dem Pächter einer hiesigen Kleingrube verhandelt.

Am Mittwoch, den 20. Dezember, wurde um hiesigen Schöffengericht eine Verleumdungsklage zwischen der staatlichen Berginspektion I zu Hohenbühren und dem Pächter einer hiesigen Kleingrube verhandelt.

Am Mittwoch, den 20. Dezember, wurde um hiesigen Schöffengericht eine Verleumdungsklage zwischen der staatlichen Berginspektion I zu Hohenbühren und dem Pächter einer hiesigen Kleingrube verhandelt.

Am Mittwoch, den 20. Dezember, wurde um hiesigen Schöffengericht eine Verleumdungsklage zwischen der staatlichen Berginspektion I zu Hohenbühren und dem Pächter einer hiesigen Kleingrube verhandelt.

Am Mittwoch, den 20. Dezember, wurde um hiesigen Schöffengericht eine Verleumdungsklage zwischen der staatlichen Berginspektion I zu Hohenbühren und dem Pächter einer hiesigen Kleingrube verhandelt.

Am Mittwoch, den 20. Dezember, wurde um hiesigen Schöffengericht eine Verleumdungsklage zwischen der staatlichen Berginspektion I zu Hohenbühren und dem Pächter einer hiesigen Kleingrube verhandelt.

Am Mittwoch, den 20. Dezember, wurde um hiesigen Schöffengericht eine Verleumdungsklage zwischen der staatlichen Berginspektion I zu Hohenbühren und dem Pächter einer hiesigen Kleingrube verhandelt.

Am Mittwoch, den 20. Dezember, wurde um hiesigen Schöffengericht eine Verleumdungsklage zwischen der staatlichen Berginspektion I zu Hohenbühren und dem Pächter einer hiesigen Kleingrube verhandelt.

Soziales Recht - Arbeiterversicherung.

Die Höchstmätze der Erwerbslosenunterstützung sind durch die Verordnung vom 23. Dezember 1922 erhöht und betragen in den Orten der Ortstafeln (in Mark):

Table with 5 columns: Person type, Age, and support amounts A, B, C, D, E.

Für männliche Personen: 1. über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haus hat eines anderen leben...

Für weibliche Personen: 1. über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haus hat eines anderen leben...

Als Familienzulage für: 1. den Ehegatten 165 150 135 120...

Erhöhung von Geldbeträgen in der Sozialversicherung. Als im Sommer des vergangenen Jahres der Reichstag eingesehen hatte, daß die Anpassung der Leistungen der Sozialversicherung an die jeweiligen Preissteigerungen...

Als im Sommer des vergangenen Jahres der Reichstag eingesehen hatte, daß die Anpassung der Leistungen der Sozialversicherung an die jeweiligen Preissteigerungen...

Als im Sommer des vergangenen Jahres der Reichstag eingesehen hatte, daß die Anpassung der Leistungen der Sozialversicherung an die jeweiligen Preissteigerungen...

Als im Sommer des vergangenen Jahres der Reichstag eingesehen hatte, daß die Anpassung der Leistungen der Sozialversicherung an die jeweiligen Preissteigerungen...

Als im Sommer des vergangenen Jahres der Reichstag eingesehen hatte, daß die Anpassung der Leistungen der Sozialversicherung an die jeweiligen Preissteigerungen...

Als im Sommer des vergangenen Jahres der Reichstag eingesehen hatte, daß die Anpassung der Leistungen der Sozialversicherung an die jeweiligen Preissteigerungen...

Als im Sommer des vergangenen Jahres der Reichstag eingesehen hatte, daß die Anpassung der Leistungen der Sozialversicherung an die jeweiligen Preissteigerungen...

